

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Konfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilagen- oder deren Raum 1 Mk.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm.

Die Hoffnungen, die auf die nach Stockholm berufene Gewerkschaftskonferenz gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Die Konferenz ist zwar, wie vorgesehen, am 8. Juni eröffnet worden, sie ist aber unvollständiger Sache wieder auseinandergegangen. Es war nur ein Teil der eingeladenen Länder vertreten. Aus Deutschland waren die Mitglieder der Generalkommission Legien, Bauer und Sassenbach erschienen. Ferner waren vertreten die Gewerkschaften in Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland. Die Entente-Länder hatten keine Vertreter entsandt, und auch die Schweiz und Spanien waren unvertreten. Bei dieser Sachlage wurde von dem Eintritt in sachliche Beratungen abgesehen und folgender Beschluß gefaßt:

„Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917, zu der die Gewerkschaften in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz zu Leeds im Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in endgültige Beratungen einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht sei. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierte von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei Wahlung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.“

Auf Antrag des österreichischen Vertreters Hueber wurde hierzu noch folgender Zusatz beschloffen:

„In Erwartung, daß die Gewerkschaften aller Staaten nach allen Möglichkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrechterhalten, hoffen wir, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollständig beschickt sein wird.“

Weiter wurde auf Antrag von Hueber beschloffen, an Jouhaux (Paris), den Sekretär der französischen Gewerkschaften, folgendes Telegramm zu richten:

„Die am 8. Juni in Stockholm tagende Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien, Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Zweigstelle des I. G. B. in Holland begrüßen die Beschlüsse von Leeds im Juli 1916 als bedeutungsvolle Grundlegung für die Aufrüstung der organisierten Arbeiterklasse aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen, die durch den Krieg entstandene Entfremdung beseitigen zu wollen. Diese Anerkennung auszusprechen, hält die Konferenz für Pflicht und erachtet, diese Mitteilung an die Organisationen, die in Leeds vertreten waren, weiterzugeben.“

Auf Vorschlag von Legien wurde schließlich noch die Abendung folgenden Telegramms an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg beschloffen:

„Die am 8. Juni in Stockholm versammelten Vertreter der Gewerkschaften begrüßen den Arbeiter- und Soldatenrat und erwarten für die nächste internationale Konferenz am 17. September in der Schweiz eine Vertretung der Gewerkschaften Rußlands.“

Um die Bedeutung dieser Veranstaltung zu würdigen, ein kurzer Rückblick auf vorausgegangene Ereignisse notwendig. Der Krieg hat den Internationalen Gewerkschaftsbund zwar nicht aufgelöst, aber die direkten Beziehungen zwischen dem Präsidenten und den Gewerkschaften in den Ententeländern sind unterbrochen. Die Leitungen der Gewerkschaften in Frankreich und in England erachten es fernerer Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften als unmöglich, und sie verlangten, insbesondere der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland wegzuerlegen. Auf diese Verlangen haben sich die französischen und die englischen Gewerkschaften im Februar 1915 geeinigt. Am 17. Juni 1916 fand dann in Leeds in England eine Gewerkschaftskonferenz statt, auf welcher unter Teilnahme von

Vertretern aus England, Frankreich, Italien und Belgien dieser Beschluß erneuert wurde. Zugleich wurde beschloffen, eine provisorische Korrespondenzzentrale in Paris einzurichten. Deren Leitung übernahm Jouhaux.

Die Konferenz in Leeds beschäftigte sich auch mit der Formulierung von Arbeiterforderungen, deren Aufnahme in die abzuschließenden Friedensverträge anzustreben sei. Mit der Behandlung dieser Frage trat man einem Gedanken näher, der schon einige Zeit vorher namens der amerikanischen Gewerkschaften von Compers angeragt worden war, und der dahin ging, in derselben Zeit und in derselben Stadt, wo die Friedensverhandlungen stattfinden werden, einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Die Konferenz in Leeds erachtete diesen Gedanken noch nicht als spruchreif, aber man kann die Formulierung der Arbeiterwünsche für den Friedensvertrag immerhin als eine Vorarbeit im Sinne der Compersschen Anregung betrachten.

Die Beschlüsse von Leeds bezüglich Errichtung einer Gewerkschaftszentrale in Paris wurde von Legien, dem Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, als eine Durchbrechung der Einheit des Gewerkschaftsbundes erachtet. Er berief deshalb auf den 11. Dezember 1916 eine internationale Gewerkschaftskonferenz nach Bern, um über den Fortbestand des Gewerkschaftsbundes eine Entscheidung herbeizuführen zu lassen. Die Abhaltung dieser Konferenz wurde aber vertagt, nachdem am 10. und 11. November in dieser Angelegenheit zwischen einem Vertreter des Internationalen Sekretariats und Vertretern der skandinavischen Gewerkschaften Verhandlungen geführt worden waren.

Die Bemühungen für das Zustandekommen einer internationalen Gewerkschaftskonferenz wurden inzwischen insbesondere vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund fortgesetzt. Dessen Vertreter benutzte die Teilnahme an dem zu Weihnachten 1916 in Paris abgehaltenen französischen Gewerkschaftskongress, um mit den französischen Gewerkschaften und den Vertretern der Gewerkschaften aus den anderen Ländern, die Delegierte nach Paris gesandt hatten, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Jouhaux, der Vertreter der französischen Gewerkschaften, erklärte für diese, daß sie sich auf einer von den Schweizerischen Gewerkschaften nach der Schweiz einberufenen Konferenz vertreten lassen würden. Viel zurückhaltender, wenn auch nicht direkt ablehnend, äußerten sich die Engländer. Von Spanien und Italien gewann der Schweizer Vertreter die Überzeugung, daß sie einer von der Schweiz ausgehenden Einladung Folge leisten würden. In der Folge ist über die Frage der Einberufung einer Konferenz zwischen dem Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Leitung der Schweizerischen Gewerkschaften korrespondiert worden. Schließlich ging aber die Einladung zu der Tagung in Stockholm nicht von der Schweiz, sondern von der Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam aus.

Die Hauptaufgabe der Stockholmer Konferenz sollte die Formulierung der gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag sein. Hierzu lagen neben den Beschlüssen von Leeds ausführliche Vorschläge vor, die der Internationale Gewerkschaftsbund unterbreitete. Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen diesen beiden Vorklagen besteht nicht, und es darf als sicher angenommen werden, daß, wenn die Vertreter der Gewerkschaften der verschiedenen Länder erst zusammenkommen, eine Verständigung keine Schwierigkeiten bereiten wird. Die Schwierigkeit liegt nur in dem Zustandekommen der Konferenz. Und da scheint es, als habe man in dem Eifer, ein Ergebnis zu erzielen, etwas voreilig gehandelt.

In seiner Mitteilung an die in Stockholm versammelten Gewerkschaftsvertreter über die Vorgeschichte der Konferenz hat Legien erwähnt, daß die auf den 10. Juni nach Stockholm berufene internationale sozialistische Konferenz Veranlassung gegeben habe, die Gewerkschaftskonferenz auf den 8. Juni nach dem gleichen Ort zu versetzen. Inzwischen ist aber die Vollstufung der sozialistischen Konferenz vertagt worden. Die Frage der Pässe für die Delegierten aus Frankreich und England hat in jenen Ländern gewaltigen Staub aufgewirbelt, und es steht heute noch nicht fest, ob englische und französische Delegierte an den Verhandlungen der sozialistischen Konferenz in Stockholm teilnehmen werden. Unter solchen Umständen wäre es vielleicht besser gewesen, auch die Gewerkschaftskonferenz vorerst zu vertagen. Dafür hätte auch der Umstand sprechen sollen, daß der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der die Vorbereitungen für die Veranstaltung einer internationalen Konferenz geführt hatte, es ablehnte, eine solche für den gegebenen Zeitpunkt einzuberufen, weil er es für ausgeschlossen hielt, daß eine Einladung Erfolg haben könnte.

Die wiederholte telegraphische Aufforderung Legiens, die Konferenz einzuberufen, hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der gleichen Weise ablehnend beantwortet. Und als er unterm 21. Mai keine Gründe ausführlich brieflich darlegte, war die öffentliche Einberufung der Kon-

ferenz bereits erfolgt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wollte von Amerika, Belgien, England, Frankreich, Italien und Spanien zunächst die Zusage, daß sie einer Einladung Folge leisten würden. Das an diese Länder gerichtete Rundschreiben ist aber infolge Eingreifens der französischen Zensur den Adressaten in Frankreich, Spanien und Italien gar nicht zugestellt worden. Von Belgien war keine Antwort gekommen, und von Amerika konnte auf das am 28. März versandte Schreiben noch keine Antwort da sein. Aus England schrieb Appleton, daß der leitende Ausschuß der Meinung sei, daß eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz unmöglich sei, solange noch so viele Völker im Arge stehen. Nach Amerika hatte Appleton geschrieben, daß der leitende Ausschuß der englischen Gewerkschaften einstimmig für die Beschickung eines Kongresses der führenden Arbeiterverbände der alliierten Länder sei, und daß eine solche Konferenz von den französischen oder den amerikanischen Gewerkschaften einberufen werden sollte.

Sehr energisch betont der Schweizerische Gewerkschaftsbund in seiner Zuschrift an Legien, daß er es ablehnen müsse, einen einseitig erteilten Auftrag auf Einberufung einer internationalen Konferenz zu übernehmen; die übernommene Aufgabe will er in der Weise lösen, daß man beiderseits Einverständnis mit seinen Bemühungen bekundet. Seine Beteiligung an der Konferenz in Stockholm machte der Schweizerische Gewerkschaftsbund davon abhängig, daß die Franzosen, Italiener oder Engländer oder wenigstens die eine oder die andere der Landeszentralen ihre Beteiligung zusagt. Diese Bemerkung macht es erklärlich, daß auch die Schweiz in Stockholm nicht vertreten war.

Bei Kenntnis dieser Tatsachen war es nicht schwer, voranzusehen, daß die Stockholmer Gewerkschaftskonferenz zu keinem positiven Ergebnis führen würde. Die anwesenden Vertreter der Gewerkschaften haben richtig gehandelt, als sie Abstand nahmen, in sachliche Beratungen einzutreten. Am Schlusse seines Berichts sagte Legien: „Wir müssen die anderen Landeszentralen vor die Frage stellen: Wollt ihr gemeinsam mit den Gewerkschaften aller Länder eine Arbeiterfrage am Kriege, mit Ursachen und Ausgang des Krieges und mit den Friedensbedingungen nichts zu tun haben? Es handelt sich um die Zukunft der Arbeiterklasse, um die Sicherung des Rechts der Arbeiter, ihres Lebens und ihrer Gesundheit. Wir wollen sehen, welche Landeszentrale es wagen könnte, die Teilnahme an einer solchen Konferenz abzulehnen. Das wollen wir abwarten.“

Die Abneigung gegen ein gemeinsames Verhandeln mit den Vertretern der Gewerkschaften der anderen Länder, die sich besonders in England so ungeschön äußert, halten wir nicht für begründet. Man muß aber, will man zu einem Ergebnis kommen, auch auf solche unbedeutende Eigenheiten Rücksicht nehmen. Die Methoden, welche die Schweizer angewandt haben, um die Parteien einander näherzubringen, scheinen Aussicht auf Erfolg zu bieten. Der Beschluß, die nächste internationale Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz abzuhalten, deutet darauf hin, daß man sich der guten Dienste der Schweizer weiter bedienen will. Da auch der Termin für die Konferenz so weit gesteckt ist, daß inzwischen genügend Zeit für die Vorbereitung bleibt, darf man hoffen, daß diesmal die internationale Gewerkschaftskonferenz wirklich zustande kommt. Die internationale Verständigung ist notwendig, wenn die Gewerkschaften einen Einfluß auf den Friedensvertrag gewinnen wollen, und wir möchten nicht glauben, daß die Gewerkschaften auch nur eines Landes die Verantwortung auf sich laden werden, in einer so wichtigen Frage einen Erfolg der Arbeiterschaft hintertrieben zu haben.

Zur Beitragsfrage.

Der Leitartikel in Nr. 21 unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ „Innere Verbandspolitik“ stellt eine Frage zur Diskussion, die ohne Zweifel eine der wichtigsten Tagesfragen des Verbandes betrifft. Einstellung der gesamten inneren Verbandseinrichtungen auf die Verhältnisse der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Bedingungen. Es dürfte allseitig als unbestritten gelten, daß das Sinken des Geldwertes im allgemeinen nach dem Kriege lange fortdauernd anhält, ja, daß wahrscheinlich die Kontrast des Geldes nicht wieder auf den Stand wie vor dem zurückgeht.

Dieses als Grundlage angenommen, ergibt von allein die nötigen Schlussfolgerungen hinsichtlich des finanziellen Ausbaues unseres Verbandes. Eine gründliche Ausgestaltung der Beitrags- und Unterstützungsfragen wird sich nicht vermeiden lassen. Doch entstehen natürlich Zweifel darüber: Sollen wir warten, bis die Masse der Kollegen wieder in die Heimat zurückgekehrt sein wird, oder sollen wir dabei ohne diese Kollegen den notwendigen Ausbau vornehmen? Ich glaube, wir sind nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, sobald wie möglich ganze praktische Arbeit zu machen. Etwas, was die große Masse der Arbeiter mit Recht auf dem Standpunkt sieht, daß die Staatsergänzung

mit der sogenannten Neuordnung der politischen Ausgestaltung im Staate nicht den Kriegsschluss abwartet, ebenso dürfte es auch begründet sein, mit der inneren Neuordnung unserer Organisation zum mindesten jetzt schon zu beginnen.

Ich will heute hier kein fertiges Arbeitsfeld vorlegen. Dies müßte das Ergebnis ausgiebiger Aussprache nicht nur in der Presse, sondern auch in Versammlungen sein. In einer Hinsicht möchte ich auch schon jetzt dafür eintreten, die Frage der Staffelbeiträge gründlich zu besprechen. Eigentlich haben wir in Form der verschiedensten Lokalbeiträge zu den ordentlichen Verbandsbeiträgen die Staffelbeiträge schon seit langem. Und von dem jetzigen Zustand bis zu einer evtl. Zusammenlegung der ordentlichen und Lokalbeiträge in einen einheitlichen Verbandsbeitrag dürfte nur ein kleiner Schritt sein. Wenigstens sehe ich die Entwicklung von diesem Gesichtswinkel aus an. Natürlich braucht dieses nicht zuzutreffen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die leider noch immer sehr stark voneinander abweichenden Lohnsätze in einzelnen Orten, Branchen und Bezirken zwingen uns zur Staffelung der Beiträge. Die technische Durchführung ist zwar nicht leicht, doch nicht unmöglich. Die Frage der Zuführung neuer Mitglieder wird wesentlich davon beeinflusst. Ob wir nach Alter, Lohnhöhe oder Ortsgruppen oder auf freier Wahl der Mitglieder die einzelnen Staffeln aufbauen, dies ist in zweiter Linie in Betracht zu ziehen.

Doch um über alle wichtigen Tagesfragen entscheiden zu können, bedarf es weiterer Vorbereitungen. Ich halte neben örtlichen Aussprachen die Abhaltung von Goutagen für notwendig und darüber hinaus auch einen Verbandstag. Es dürfte für die Organisation nur von Vorteil sein, der Masse der Mitglieder Gelegenheit zu geben, auf die Entscheidung der ausführenden Kollegen einen wesentlichen Einfluß auszuüben. Eine Beschlussfassung von Beauftragten verschiedener mehr oder weniger großer Zahlstellen bzw. von Gouleitern und Vorstandskollegen würde kaum geeignet sein, genügend Wurzel in den Kreisen der Mitglieder zu fassen. Die Fragen der Lohnbewegung usw. werden ebenfalls gründliche Aussprache nötig machen. Kurz, ein ganzes Bündel wichtiger innerer Fragen ist reif zur gründlichen Aussprache und Regelung durch die Verbandsinstanzen. Mögen zunächst die Kollegen und Kolleginnen überall in Versammlungen Stellung nehmen. Der Vorstand aber wird nicht umhin können, zur Einberufung von Goutagen bzw. zu einem Verbandstag Stellung zu nehmen. Ob ein solcher Kriegsverbandstag geeignet ist, alle auftretenden Fragen zu lösen oder nur die dringendsten, überlasse ich ruhig der Aussprache der Mitglieder.

A. Gerhardt (Zeit).

Die „innere Verbandspolitik“, die in der Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit der Aufrollung der Beitragsfrage zur Diskussion gestellt wird, sollte nicht ohne Rücksicht auf ihren Zweck, der äußeren Verbandspolitik, behandelt werden. Statt auf diesen Punkt als Hauptsache das Augenmerk der Verbandsmitglieder zu richten, wird er nur so nebenbei gestreift. Wer die Beiträge leistet, um sich hauptsächlich oder gar ausschließlich für die Zeit der Arbeitslosigkeit oder Krankheit möglichst hoch zu versichern, von dem wird die Beitragserhöhung „unbedenklich bejaht“ werden, obgleich ja schon den Kollegen einige Bedenken aufsteigen mögen, die nicht den kommenden Tag ganz seiner Sorge überlassen. Die kommenden unbekannteren, aber sicher ungeheuren Größen der Steuerlasten, die die freudige Kriegsstimme als Nische vom früheren Wohlstand hinterläßt, lösen unbehagliche Gedanken aus. Milliarden sind nötig zur Verzinsung der Anleihen allein, Milliarden nicht leicht zur Unterstützung der Krüppel, Witwen und Waisen, Milliarden zur Instandsetzung des Heeres, wenn das Erprobte in alter Ordnung auf die Höhe der Zeit gestellt werden soll. Die stark belasteten Einzelstaaten und Gemeinden werden auch genötigt sein, nicht unbeträchtliche Steuern zu fordern. Die Heine Sorge, in welchem Maße eine Belastung erträglich sein wird, stellt sich auch selbst bei dem ein, der hauptsächlich um seine Versicherung befreit ist.

Der Übergang in die Friedenswirtschaft wird nicht so leicht vor sich gehen wie aus der nach kapitalistischen Begriffen damals fast gelandeten Friedens- in die Kriegswirtschaft. Wollten und können wir für die kommende Zeit des Friedens, das uns Lohnarbeiter mit Arbeitslosigkeit und Krankheit mit bisher unbekannter Wucht treffen wird, Unterstützungsmittel aufbringen, so reichlich die bisherigen Beitragsätze zur Pinderung nicht weit, selbst wenn ausschließlich alles darauf verwendet würde. Die Folgezeit des Krieges steht aber sicher auch in solchem Zusammenhang mit der Kriegszeit, daß man die in ihr gemachten Erfahrungen auch für sie gelten lassen muß. Die Zersplitterung der Organisation zur Unterstützung in der Gegenwart ist wiederholt auch von gewerkschaftlicher Seite mit Recht angeklagt worden, daß diese Ordnung Klage und große Ungerechtigkeit bedeute; deshalb sollte man von den Gewerkschaftsleitungen erwarten, daß sie die kommende Krise schwersten Kalibers in sozialpolitischen Fragen nicht mit Mühen zu heilen sich verstimmt.

Die Gewerkschaftsleitung muß erkennen, daß gegen die Unannehmlichkeit der kommenden Not nicht mit der bisher geübten Selbsthilfe auszukommen und anzukämpfen ist, daß sie verpflichtet ist, über die ungeheure Gefahr aufzuklären. Diese Frage zur wörtlich nationalen Bedeutung und weit mehr zu erheben, und nicht nur propagandistisch, sondern mit größtem Nachdruck zur tatsächlichen Lösung zu bringen. Ein Recht auf Arbeit muß der Pflicht zur Verteidigung des durch Arbeit geschaffenen Lebens vorausgesetzt werden. Von den Arbeiterkreisen, die sich bisher des Übels nicht bewusst konnten, das ihnen von den eigennütigen und dem Schatz der nationalen Arbeit beherzten Unternehmern in Form der Einziehung billiger ausländischer Arbeiter zugefügt wurde, dürfte diese Forderung als beides „Recht“ anerkannt und mit Verstand wehren. Durch das Auf die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter herbeizuführen, was aber die hauptsächlichsten Verbandsaufgaben der Arbeiterbeiträge. Zum Nachhören gehören Mittel. Das heißt jeder Arbeiter. Und das hat auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ voraus: sie befragt sich wohl deshalb mit dem Hinweis auf die Möglichkeit des Verbandes als

Kampforganisation, als die sie sicher auch nach dem Kriege zur Geltung kommen wird. Gerade hierüber muß aber noch ein Wort gesprochen werden.

Im Gegensatz zu den vergangenen Zeiten, da das Unternehmertum noch nicht seine modernen Organisationen hatte, geriet dieses veränderten Umständen und der aus dem Verhältnis hervorgegangenen Vertragspolitik wegen unser Verband in immer größere Abhängigkeit. Die Tendenz der Verbände, immer mehr Branchen zu umschließen für immer längere Zeitspannen, mit dem bewußten Bestreben der Unternehmer, möglichst gleichzeitigen Ablauf aller Beiträge festzulegen (Reichstaxt), zwingt den Verband zu so riesenhaften Mühen für bestimmte Zeitpunkte, denen er einfach nicht gewachsen ist. Den kritischen Punkt zu erreichen, steht uns zwar noch bevor, da in unsern Hauptberufen der Mittelbetrieb vorherrscht, jedoch scheint auch hier der Krieg der Vorbereiter von Änderungen zu sein, so daß sich für uns nur beachtenswerte Lehren ergeben aus der Kampfslage und -fähigkeit der Organisationen, die die mächtigsten Gegner haben. Die auch für uns in Betracht kommende Bildung der Koalition im Baugewerbe nötigt uns Beachtung auf. Die Lehre vom Werstarbeiterstreik zeigt die Richtung und gibt uns mehr als einmal zu denken. In ähnlicher Lage wie die Nationen vor dem Kriege sehen wir uns vor drohende Konflikte gestellt, genötigt zum Rüsten, sei es, daß ein großer Verbandschlag von den Unternehmern respektiert wird, sie von Kraftproben abbringen und unsern Wünschen zu größerem Entgegenkommen bereitmachen soll (wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ dem Sinne nach schreibt).

Der Opportunismus in der Gewerkschaftspolitik gewinnt Methode, vielleicht aus Verlegenheit, und es ist deshalb nicht verwunderlich, daß auch Mitglieder der Generalkommission sich vom Auditorium der „Gesellschaft 1914“ vernehmen ließen. Sie bahnen damit gutgläubig ein besseres gegenseitiges Verstehen an. Das ist beachtenswert, weil es aus dem Bewußtsein geschieht, daß die bisherigen Organisationsmittel für die bezeichnete Stellung nur noch als Droh- und Demonstrationsmittel taugen, daß sie, in Entscheidungstämpfe verwickelt, unter Gefährdung aller Habe, wahrscheinlich nur noch negative Ergebnisse zeitigen können. Der natürliche Gang der Entwicklung, nicht etwa ein Ver schulden der Gewerkschaftsleitungen, hat die Organisationen in ein Dilemma gebracht, aus dem die Führer sich dadurch zu retten suchen, daß sie alles daransetzen, die großen Entscheidungen immer mehr von sich, ihrer diplomatischen Kunst und der unbedingten Folgsamkeit der Massen abhängig zu machen. Wie die Verantwortung der Führer damit in hohem Grade wächst, bringt diese Abweichung von der demokratischen Verfassung die schon so oft beklagte Erscheinung der Interesslosigkeit der Mitglieder mit sich.

Es sind moderne Großbetriebe mit Riesentapitalien, in denen Arbeiter aller Berufe beschäftigt sind, oder mächtige Koalitionen von Branchengruppen der Unternehmer, mit denen die künftigen Entscheidungstämpfe geführt werden müssen. Immer mehr findet in diesen Betriebsstätten eine Arbeitsmethode Eingang, die den gelernten Arbeiter durch den Un- oder Angelernten zu ersetzen gestattet; die Kriegsjahre haben ja erstaunliche Möglichkeiten gezeigt. Es hat sich aber auch gezeigt, daß wenigstens in der Zeit der gereiften Großtaten der Organisationen diesen von den neuerstandenen Arbeiterschwadronen gar kein rechtliches Verständnis entgegengebracht wurde. Im gewissen Grade handelt es sich um schwer organisierte Elemente, zum andern sind aber auch unsere heutigen Berufs- oder Industrieverbände für diese Univer-Arbeiter gar nicht die passenden Organisationen. In den künftigen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern wird aber das Verhalten dieser Arbeiter ganz besonders mit in Rechnung gestellt werden müssen.

Rechnet man zudem mit der Wahrscheinlichkeit, daß die künftigen Wirtschaftstämpfe immer mehr politische Formen annehmen werden, schon wegen der finanziellen Lage des Staates, den Längerdauernde Ausstände stark in Mitleidenschaft ziehen müssen, so bedeutet das aus den angeedeuteten Gründen denn doch auch, die Kampftüchtigkeit der Arbeiterorganisationen vom anderen Gesichtspunkt aus zu prüfen als von dem der Beitragsfrage. Sollte den Arbeitern die Notwendigkeit einer Neuorientierung nicht vorher einleuchten, so werden die Unternehmer uns ein besseres Verstehen lehren. Notwendig ist eine allgemeine Arbeiterunion.

Zur Frage der Staffelbeiträge, deren Einführung den schwierigen Verwaltungsapparat beträchtlich verstärken müßte, möchte ich nur bemerken, daß es lustig wäre, die Mitglieder dafür einzusetzen zu sehen, die sich bisher über ihn in mannigfacher Hinsicht beklagten. Von wem würde gegenwärtig über die Beitragsfrage entschieden werden? Soweit man ohne Hilfe von Material zu Wahrscheinlichkeitschätzungen kommen kann, herrscht im verbliebenen Mitgliederbestand der alternde Jahrgang vor. Dieser dürfte, an der Erhöhung der Unterstützungssätze interessiert, von diesem Gesichtspunkt die Frage entscheiden. Deshalb halte ich die Vertagung der Beitragsfrage für angebracht.

Alfred Wagner (Charlottenburg).

Die Anregung, eine Beitragserhöhung mit einer dementsprechenden Erhöhung der Unterstützungen im Kreise der Kollegen zu diskutieren, dürfte bei allen einseitigen Kollegen Petitionen ausgelöst haben. In engeren Kreisen der Kollegen wird man eine kommende Beitragserhöhung schon seit längerem in Erwägung gezogen haben. Eine Beitragserhöhung mit Erhöhung der Unterstützungssätze läßt sich nicht umgehen. Ja, sie ist eine Notwendigkeit, wenn wir in der Zukunft vorwärtskommen wollen. Warten wir nicht damit, bis unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren. Die große Masse unter ihnen denkt und fühlt mit uns und würde auch zu keinem anderen Resultat kommen.

Die früher schon so eingehend diskutierte Frage, ob Einheits- oder gestaffelte Beiträge, ist zugunsten der letzteren in den Vordergrund getreten. Wollen wir den Kollegen mit besonders schlechter Entlohnung den Beitritt nicht unmöglich machen, dann sind wir gezwungen, unsere Beiträge nach dem Einkommen zu staffeln. Die Staffelung

könnte sich, 60 Pf. als Grund genommen, um je 20 Pf. mehr zu bewegen. Mit drei Staffeln dürfte es genug sein. Bei den weiblichen Mitgliedern läme man schließlich auf einem erhöhten Einheitsbeitrag aus. Die Beitragsleistung müßte für jedes Mitglied, je nach dem Verdienst und für ihn in Betracht kommenden Klasse, obligatorisch sein. Eine von den Mitgliedern selbst zu wählende Klasse vor im Interesse der Kollegen sowie unserer Finanzen zu denken. Ich erinnere da nur an die vielen jungen Kollegen und an die, die da glauben festzuhalten und keine Unterstützung zu brauchen. Diese würden wohl zum großen Teil die niedrigsten Staffeln wählen. Hier müssen wir etwas Idealismus verlangen und die Klasse der Beitragsleistung je nach der Höhe des Einkommens zur Pflicht machen.

Es wäre das Beste, wenn der Hauptvorstand mit einem bestimmten Plan an die Deffentlichkeit treten würde. Da wäre eine Grundlage vorhanden. Die Diskussion würde eine bestimmtere Gestalt annehmen und auch fruchtbarer Arbeit bringen. Uebrigens nehme ich an, daß der Hauptvorstand bloß mal die Führer austreden wollte, um Stimmung für eine Beitragserhöhung kennen zu lernen. Hoffen wir im Interesse unserer Organisation, daß die aus dem ganzen Reiche eine zustimmende ist.

J. Bauer (Weifen).

Die Frage der Beitragserhöhung noch während der Dauer des Krieges zu lösen, erscheint mir im Hinblick auf die kommende Gestaltung des Wirtschaftslebens als eine unabwiesbare Notwendigkeit. Lassen wir erst einmal die Erhöhung der Unterstützungssätze ganz beiseite, und begeben wir uns auf das Gebiet unserer eigentlichen Aufgaben der Organisation, Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau unserer Tarifverträge usw., so werden wir ohne weiteres feststellen müssen, daß die gegenwärtige Finanzkraft unserer Organisation wohl nicht stark genug sein dürfte, um all den Anforderungen und Wünschen unserer Kollegen gerecht zu werden. Schon die letzten Tarifverhandlungen unserer Vertreter mit dem Arbeitgeber-Schuhverbände haben bewiesen, daß die Arbeitgeber nicht gelernt und nichts vergessen haben, daß erst das Eingreifen der Reichsregierung notwendig war, um zu den Kämpfen an den Reichsgrenzen nicht auch den Wirtschaftskampf im Innern auslösen zu lassen. Die Tatsache steht doch jeden Kollegen fest, daß die Zugeständnisse der Unternehmer nicht deren guten Herzen entsprungen sind, sondern dem ein sanfter Druck der Reichsregierung und nicht zuletzt der Schlagkraft unserer Organisation der Erfolg verbürgte. Die Unternehmer hätten es auf einen offenen Kampf ankommen lassen. Beweist doch der Jahresbericht des Bundes, daß trotz des Krieges, trotz des proklamierten Burgfriedens, Abwehrbewegungen gegen angebrohete Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen geführt werden mußten. Wie wird es aber erst nach dem Kriege werden? Schon jetzt rührt das organisierte Unternehmertum empor die Werbetrommel zum engeren Zusammenschluß, zur Zusammenfassung aller Kräfte. Unsere Kollegen werden all Kraft anbieten müssen, um die Errungenschaften während der Dauer des Krieges und über den Krieg hinaus anrecht zu erhalten. Hinzukommt, daß nach dem Kriege die Reichsregierung allzu große Rücksicht auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht üben wird. Auf unserer eigenen Kraft werden wir dann wieder voll und ganz angewiesen sein. Wirtschaftstämpfe von nie gekannter Schärfe und Dauer werden unausbleiblich sein. Um diese erfolgreich führen zu können, müssen unsere Kassenkräfte genügend sein. Fangen wir jetzt schon damit an, die Wirkung wird sich noch während des Krieges bemerkbar machen.

Durch die unzureichende und schlechte Ernährung ist die Arbeiterschaft und speziell die in abgeschlossenen, schlecht ventilierten Betrieben beschäftigte Arbeiterschaft der Holzindustrie, gesundheitlich schwer geschädigt worden. Hochdurchschnittskrankenziffern der Krankenkassen beweisen diese Tatsache. Wenn auch jetzt, während der Dauer des Krieges, die Arbeiter in den verhältnismäßig gutbezahlten Berufen sich so lange schleppten, wie es irgend möglich ist, werden aber nach dem Kriege die Krankenziffern ansteigen, die Krankheitsdauer länger sein. Eine außerordentliche Belastung unserer Unterstützungseinrichtung wird die unausbleibliche Folge sein. Sollen oder können die Armeen der Armeen bei dem heutigen Geldwert mit dem Krankengelde auskommen? Ich bezweifle das, glaube vielmehr, daß eine Erhöhung unserer Unterlage notwendig sein wird. Genau so werden die Dinge bei unsen sich jetzt im Feld befindenden Kollegen liegen. Auch diese werden die Unterstützung mehr als bisher, wenn auch ungenügend, in Anspruch nehmen müssen. Dank werden sie uns wissen, wenn wir schnell wie möglich darangehen, unsere Unterstützungseinrichtungen den bestehenden Verhältnissen anzupassen.

Auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung liegen die Dinge wohl ebenso. Wenn wir auch nicht hoffen, daß nach dem Friedensschluss die Arbeitslosigkeit in derselben Schärfe wie bei Ausbruch des Krieges unser Wirtschaftsleben erschüttern wird, so wäre es aber unheilvoll, allzu rosig die Zukunft zu schauen. Gerade die Holzindustrie, die zur Herstellung ihrer Waren auf die Zufuhr vom Auslande angewiesen ist, wird eine ziemlich lange und schwere Krise durchzumachen haben. Die Kollegen werden durch höhere Unterstü-tzungen über Wasser gehalten werden müssen. Um eine nennenswerte Erhöhung des Verbandesbeitrages kommen wir also nicht herum.

Staffelbeiträgen möchte ich das Wort nicht reden, hellvielmehr eine einheitliche Erhöhung für zwei Staffeln. Neben den technischen Schwierigkeiten, die durch Einführung von Staffelbeiträgen nur einmal nicht ausbleiben werden, ist eine gerechte Regelung der Beitragsfrage in unserem Industrieverbande auch nicht verhänglich. Durch die unterschiedliche Höhe des Lokalbeitrages der Zahlstellen untereinander ist eine Abwägung des Beitrags bereits durchgeführt. Mit einer Erhöhung von 10 bis 15 % werden wir, glaube ich, kaum auskommen können, wenn die Unterstützungssätze den veränderten Verhältnissen entsprechend Rechnung tragen sollen. Konkrete Vorschläge werden die Zahlstellen wohl kaum machen können, da hierzu an den rechtlichen Unterlagen fehlt.

Wichelm Krüger (Danzig).

Soziales.

Noch weniger Kartoffeln.

Das Kriegsernährungsamt macht der Bevölkerung die Mitteilung, daß entgegen den bisher von manchen Seiten gehegten Befürchtungen die Möglichkeit gegeben ist, die derzeitige Brotration bis zur neuen Ernte unverkürzt zu lassen. Aus dieser Mitteilung ist zu schließen, daß man sich an den maßgebenden Stellen doch sehr ernste Sorge gemacht hat, ob es möglich sein werde, mit unseren Getreidevorräten auszukommen. Seit dem Mitte April erfolgten Abzug ist aber die Brotration so klein, daß eine weitere Kürzung ernsthafte Bedenken wachrufen dürfte.

Die beruhigende Mitteilung bezüglich der Brotration ist aber nur die Einleitung zu der Ankündigung einer weiteren Kürzung der Kartoffelration. Als im Frühjahr die Mieten geöffnet wurden, hieß es, die Kartoffeln hätten sich sehr gut gehalten. Jetzt sagt man uns, der Frost hätte mehr Schaden hervorgerufen, als man nach den zunächst eingehenden Berichten erwarten mußte. „Infolgedessen hat schon bisher die 5-Pfund-Ration in manchen Orten nicht aufrechterhalten werden können, und es hat Mehlertrag geliefert werden müssen. Mit dem weiteren Schwinden des Restes der alten Vorräte wird die Aufrechterhaltung der bisherigen Kartoffelration auch in den übrigen Bezirken vielfach nicht mehr möglich sein. An dem Grundlag, daß für fehlende Kartoffeln Mehl oder Brot zu liefern ist, wird festgehalten werden, die Lage der Brotgetreidebestände macht es aber nötig, die Erntemenge vorsichtig zu bemessen.“

Das ist die recht vorsichtige Umschreibung einer sehr unangenehmen Botchaft. Tatsächlich hat sich der Kartoffelmangel, zumal in Städten und Industriebezirken im Westen, schon seither recht empfindlich bemerklich gemacht. In manchen Orten konnte die 5-Pfund-Ration während der ganzen Zeit nicht eingehalten werden. Nun muß man sich darauf gefaßt machen, daß die Kürzung allgemein Platz greifen wird. An Stelle der fehlenden Kartoffeln soll Mehl oder Brot gegeben werden, aber die Erntemenge muß „vorsichtig“ bemessen werden. Von kundiger Seite wird das dahin erläutert, daß die Erntemenge nur halb so groß sein soll als bisher.

Es sind zwar nur noch wenige Wochen bis zum Beginn der neuen Ernte, aber in diesen Wochen heißt es den Hungerriemen noch enger schnallen als seither schon. Der Hinweis auf die reiche Ernte an Frühgemüsen bietet geringen Trost. Diese Gemüse sind so teuer, daß sie als Ersatz für Kartoffeln nicht in Frage kommen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln war eine fortgesetzte Kette von Enttäuschungen. Hat es schon in den beiden ersten Kriegsjahren schlecht geklappt, so wurden alle früheren Mängel im letzten Jahre noch übertroffen, und auch der letzte Tropfen des bitteren Kelches bleibt uns nicht erspart. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Ernte ist erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu ermöglichen, aber es ist ein Trauerspiel, daß es trotz des umfangreichen Behördenapparates nicht gelingen will, die notwendige Menge sicherzustellen. In Versuchen, die mangelnde Zufuhr zu erklären, hat es nicht gefehlt. Im Herbst war die ausreichende Zufuhr nicht möglich, weil die Landwirte von der Feldbestellung in Anspruch genommen waren. Dann hinderte Frost die Zufuhr. Als der Winter endlich gewichen war und die Mieten geöffnet wurden, da war wieder die Feldarbeit dringend. Inzwischen wurden aber die Vorräte immer kleiner. Die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffeln waren in den Schweineetrog und in die Schnapsbrennereien gewandert, wo sie sich für den Produzenten besser verwerteten. Die Bevölkerung in den Städten konnte hungern. In der letzten Zeit setzte ein schwungvoller Schleihhandel mit „Sackkartoffeln“ ein, für die ein den Höchstpreis weit übersteigender Preis gefordert und gezahlt wurde. Für die reguläre Belieferung der Städte und Industriebezirke blieb da freilich nichts übrig.

Ob die Behörden wohl nun gelernt haben, die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Kartoffelmengen sicherzustellen? Bisher sind doch so viel Fehler gemacht worden, daß wohl kaum noch ein neuer zu machen übrig bleibt. Jetzt wäre in dieser wichtigen Frage genug experimentiert, es ist Zeit, die Bevölkerung statt mit papierernen Trostreden mit genießbaren Kartoffeln zu füttern. Kartoffeln sind gewiß kein ideales Nahrungsmittel, aber wir sind darauf angewiesen, uns damit den Magen zu füllen, um uns Sättigung vorzutäuschen. Fast während des ganzen letzten Erntejahres war die Belieferung der Städte mit Kartoffeln ungenügend, ob es uns mit den Kartoffeln nächster Ernte wieder so gehen soll? Wir wollen hoffen, daß sich das Trauerspiel nicht wiederholt. Die Leistungen des Kriegsernährungsamts sind aber nicht derart, daß man seiner Tätigkeit großes Vertrauen entgegenbringen kann. Die städtische Bevölkerung hat bisher eine große Geduld an den Tag gelegt; man sollte sich aber hüten, diese Geduld zu missbrauchen.

Das Obst für die Wohlhabenden.

Die Aussichten für die diesjährige Obsterte werden ziemlich allgemein als sehr günstig geschildert. Von dem Obstfegen wird aber nicht viel auf den Tisch der Armen kommen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat Höchstpreise für Obst festgesetzt, die den Obstgenuß in diesem Jahre zu einem Privileg für die wohlhabenden Bevölkerungsschichten machen. In der betreffenden Bekanntmachung heißt es:

Der Preis für die folgenden Obstsorten darf beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Pfund nicht überschreiten:

Erdbeeren, 1. Wahl	0,55 M.
Erdbeeren, 2. Wahl	0,50 "
Walderdbeeren	1,00 "
Johannisbeeren, weiße und rote	0,30 "
Johannisbeeren, schwarze	0,40 "
Stachelbeeren, weiß und weißlich	0,30 "
Himbeeren	0,50 "
Klaubeeren	0,25 "
Kreiselbeeren	0,30 "

Saure Kirschen	0,20 M.
Süße Kirschen, weiße	0,25 "
Süße Kirschen, große, harte	0,35 "
Schattenmorellen	0,40 "
Glas-Kirschen	0,45 "
Heineclauden, große, grüne	0,30 "
Mirabellen	0,40 "

Die bei den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst gebildeten Preiskommissionen können für ihr Wirkungsgebiet einen anderen Erzeugerhöchstpreis bestimmen, der die vorstehend festgesetzten Preise nicht um mehr als 10 Prozent überschreiten oder dahinter zurückbleiben sowie bei Erdbeeren, Stachelbeeren und Kirschen für die ersten 14 Tage nach ihrem Erscheinen auf dem Marke bis zu 50 Prozent überschreiten darf.

Weitergehende Abweichungen bedürfen einer ausdrücklichen Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung.

Mit einem höheren Preis für Frühobst könnte man sich abfinden, zu beachten ist aber, daß die angelegten Preise Erzeugerpreise sind. Hinzu kommt noch der Zuschlag für den Groß- und den Kleinhandel, durch welchen der Preis für den Verbraucher wohl um zwei Drittel erhöht wird. Die Hoffnung, der sich mancher hingeben hat, durch Obstzulagen eine kleine Verbesserung der Ernährung zu erzielen, wird da wohl zu Wasser werden. Schade!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 371141 Fritz Depmeier, Tschl., geb. 25. 3. 90 zu Wülfrath.
- 494715 Paul Reimer, Tschl., geb. 12. 9. 90 zu Zeulenroda.
- 527879 Herm. Wimmert, Stöckarb., 28. 11. 65 zu Parschwig.
- 619581 Martha Steinert, Pol., geb. 2. 8. 92 zu Striegan.
- 724909 Ludwig Müller, Tschl., geb. 23. 1. 94 zu Harburg.
- 727317 Otto Zielast, Klavierarb., 14. 11. 82 zu Königsberg.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.
Der Vorstandsvorsitzende.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Die Teuerungszulage.

Die neueste Nummer der „Fachzeitung“ enthält folgende Mitteilung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe: „Wegen einer weiteren Teuerungszulage sind unter Hinweis auf die steigenden Preise für den Lebensunterhalt die Arbeitnehmer an verschiedenen Orten aufs neue vorstellig geworden. Wie wir mitteilen können, wird der Gesamtvorstand des Arbeitgeberverbandes in einer im Laufe dieser Woche stattfindenden Sitzung zu der Frage Stellung nehmen.“

Wir finden, daß die Erledigung dieser Angelegenheit reichlich lange hinausgeschoben wurde, hoffen aber, daß sie nun lebhafter in Fluß kommt.

In Berlin verlangten die Ristenmacher eine Teuerungszulage in Höhe von 25 Prozent und eine Erhöhung des Lohnes der Kreissägenschneider von 32 auf 40 Prozent des Gesamtverdienstes der Ristenmacher. Die Arbeitgeberriefen das Einigungsamt des Gewerbegerichts an und erklärten sich hier bereit, vorläufig eine Teuerungszulage in Höhe von 10 Prozent zu bewilligen. Ferner erklärten sie sich bereit, eine weitere Teuerungszulage erst vom 1. September d. J. an den Arbeitnehmern zu gewähren. Die Forderung der Kreissägenschneider lehnten sie ab unter Hinweis auf den geltenden Tarif. Das Einigungsamt hat am 25. Mai folgenden Schiedsspruch gefällt: „1. Die Ristenfabrikanten haben auf die bisher gezahlten Tariflöhne eine weitere Teuerungszulage, und zwar vom 4. Mai 1917 rückwirkend 15 Prozent und vom 1. Juli 1917 an weitere 10 Prozent zu zahlen. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Ristenfabrikanten, die zu den allgemein gezahlten Löhnen Lohnzuschläge in der obengenannten Höhe bereits bewilligt haben. 2. Bei der bisher bestehenden Kriegsarbeit findet obige Bestimmung keine Anwendung. 3. Der Art. 22, Abs. 2 des Tarifvertrages für die Ristenfabriken in Berlin und Umgegend vom 7. September 1911 wird wie folgt abgeändert: Bei Akkordarbeiten erhält der Kreissägenschneider 35 Prozent vom Gesamtverdienst der Ristenmacher. Diese Bestimmung tritt rückwirkend vom 4. Mai 1917 an in Kraft.“

In Düsseldorf hat sich das Einigungsamt mit der Forderung unserer Kollegen nach einer Erhöhung der Stundenlöhne beschäftigt. Die Arbeitgeber erkannten die Berechtigung des Verlangens an, wollten aber vorerst keine Zugeständnisse machen. Die Frage müsse durch Verhandlungen der Zentralvorstände erledigt werden, wobei darauf gedrungen werden müsse, daß der Staat die Kosten der Lohnerhöhung trage wie bei den Bauarbeitern. Von den Arbeitern wurde verlangt, daß wenigstens 20 Pf. Zulage vorläufig gezahlt werden. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, sich nicht binden zu wollen; es wurde aber vereinbart, daß eine Lohnerhöhung mit rückwirkender Kraft ab 1. Juni in Kraft treten soll, und daß, wenn nicht binnen vier Wochen Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen stattfinden, das Einigungsamt wieder zusammenzutreten sei.

Aus der Holzindustrie.

Korbmachereimengen und Kriegsverletzte.

Die Gesamtvorstandssitzung des Innungsverbandes „Bund deutscher Korbmachereimengen“, die am 24. Mai in Berlin abgehalten wurde, beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage der Kriegsverletzten. Nach dem vor-

liegenden offiziellen Bericht war der Innungsvorstand der Meinung, daß mit Kriegsverletzten, die das Korbmachergewerbe ergreifen wollen, unbedingt ein dreijähriger Lehrvertrag geschlossen werden müsse. Zeigen sie sich wertig und haben sie wirklich Ordentliches gelernt, dann kann ihnen später von der Lehrzeit etwas abgelassen werden. Handelt es sich um ältere Leute, die wohl allgemein mehr Interesse bei der Erlernung des Korbmachergewerbes zeigen werden als die sonst jungen Lehrlinge, so könnte man ihnen ihren Leistungen entsprechend ja auch eine höhere Entschädigung schon während der Lehrzeit gewähren.

Die Stellungnahme weicht merklich ab von der Auffassung, der man sonst ziemlich allgemein in den Kreisen einnimmt, die sich mit der Fürsorge für Kriegsverletzte beschäftigen. Es ist ein wohl durchgängig von der Kriegsverletztenfürsorge anerkannter Grundsatz, daß die Opfer des Krieges so schnell wie möglich in die Lage gebracht werden, sich ihr Brot zu verdienen. Die Zurückführung des Kriegsbeschädigten in seinen früheren Beruf ist das erstrebenswerteste Ziel der Fürsorge. Ist dieses Ziel infolge der Art der Verletzung nicht zu erreichen, dann soll der Verletzte einen anderen Beruf ergreifen, und in diesem so gefördert werden, daß er recht schnell in die Lage versetzt wird, verdienen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Auffassung vertreten, daß die Handwerkskammern die Prüfungsbedingungen für die Kriegsbeschädigten möglichst leicht gestalten sollen.

Diese Auffassung teilt der Vorstand des Bundes der Korbmachereimengen nicht. Auch die Kriegsverletzten sollen grundsätzlich im Korbmachergewerbe eine dreijährige Lehrzeit absolvieren und in dieser Zeit mit dem Liniengeld obgefunden werden, das üblicherweise den Korbmachereimengen zugestanden wird. Nur in Ausnahmefällen soll die Lehrzeit abgekürzt und eine etwas höhere Entschädigung gezahlt werden. Da die Kriegsverletzten, die sich dem Korbmachergewerbe zuwenden wollen, wohl nur selten in der Lage sein werden, sich während einer dreijährigen Lehrzeit selbst zu erhalten, so bedeutet der Beschluß des Innungsvorstandes, sofern er durchgeführt wird, praktisch eine Abspernung des Gewerbes gegen den Andrang der Kriegsverletzten.

Ein starker Zustrom beschränkt Leistungsfähiger würde tatsächlich nicht im Interesse des Korbmachergewerbes liegen, welches ohnehin sehr unter der Ueberfüllung des Berufes leidet. Man muß natürlich bei der Beurteilung der Verhältnisse von dem augenblicklichen Zustand absehen, wo große, lohnende Aufträge in Geschäften eine völlige Revolutionierung des Korbmachergewerbes hervorgerufen haben. Wenn mit Kriegsende der Strom dieser Aufträge versiegt, dann steht zu befürchten, daß sich das Korbmachergewerbe wieder so repräsentiert, wie wir es vor dem Kriege gekannt haben. Da bot es den Arbeitern sehr ungünstige Arbeitsbedingungen. Die Bemühungen, Verbesserungen herbeizuführen, scheiterten immer wieder an der Konkurrenz der Heimarbeit in gewissen Bezirken. Die leichte Erlernbarkeit des Berufs und der Umstand, daß er auch von schwächlichen Personen ausgeübt werden kann, könnten dazu verführen, Kriegsverletzte, die in anderen Berufen nicht mehr fortkommen, in größerer Zahl der Korbmacherei zuzuleiten. Für die Betroffenen wäre das in der Regel keine glückliche Lösung, und eine weitere Verstärkung des Zustroms zu dem Gewerbe würde die Bemühungen, die Lage der Berufsgenossen zu verbessern, noch weiter erschweren.

Solche Erwägungen scheinen aber bei den Beratungen im Vorstand des Innungsbundes keine Rolle gespielt zu haben. Es heißt in dem Bericht: „Man hat die Ueberzeugung, daß das Interesse an den Kriegsverletzten mit der Zeit nachlassen wird. Auch große Betriebe, die jetzt Kriegsverletzte beschäftigen, werden bei genügendem Angebot gesunder Arbeitskräfte diese den Verletzten vorziehen. Der Staat selbst sollte auch in seinen Betrieben mehr Kriegsverletzte einstellen und die Fürsorge nicht vorwiegend der Privatbetrieben überlassen.“ Diese Zweifel an den dauernden Bestand des den Kriegsverletzten entgegengebrachten Interesses scheinen auch uns nur zu begründet. Das Verlangen, daß der Staat bei der Beschäftigung von Kriegsverletzten mit gutem Beispiel vorangehen soll, ist durchaus berechtigt. Die Privatindustrie wird sich aber dieser Aufgabe doch nicht völlig entziehen dürfen, und man wird verlangen müssen, daß bei den Aufträgen, die der Staat verleiht, ein Zwang zur Beschäftigung von Kriegsverletzten ausgeübt wird. Das Los der Kriegsverletzten wird sich ohnehin nicht beneidenswert gestalten, und wenn man ihr Schicksal allein von dem guten Willen der Unternehmer abhängig macht, dann steht ihnen eine trübe Zukunft bevor. Wie in vielen anderen Fragen, so muß es auch hier heißen: „Ohne Zwang geht es nicht.“

Möbelfabrikant Thurner gestorben.

Der Leipziger Bezirksvorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Hermann Thurner, ist in Bad Eifel, wo er Genesung von langer Krankheit suchte, plötzlich gestorben. Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, dessen Zentralkommission der Verstorbenen angehört, erleidet durch seinen Tod einen schweren Verlust.

Thurner hat seit langen Jahren regelmäßig an den zentralen Verhandlungen im Holzgewerbe teilgenommen, auch an den letzten Verhandlungen im Herbst vorigen Jahres hat er sich, obwohl schwer leidend, eifrig beteiligt. Um den Ausbau und die Entwicklung des Tarifvertragswesens in der Holzindustrie hat er sich große Verdienste erworben.

Bei der Betätigung auf diesem Gebiete kamen dem Verstorbenen seine Charaktereigenschaften zu statten. Hermann Thurner war kein Scharfmacher. Er zeigte sich den Aufgaben der Zeit gewachsen, und er brachte der Lösung der Arbeiter viel Verständnis entgegen. Seinem Einfluß und seinem Geschick war es öfters zu danken, daß Widerstände in den Reihen der Arbeitgeber überwunden wurden. So betätigte sich Thurner in der Zentralkommission des Arbeitgeber-Schutzverbandes, ganz besonders aber auch in seinem engeren Wirkungsgebiet in Leipzig. Hermann Thurner war bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen in der Holz-

